

No. 32734

**GERMANY
and
HUNGARY**

**Agreement concerning Cooperation in the Suppression of
Organized Crime. Signed at Bonn on 22 March 1991**

Authentic texts: German and Hungarian.

Registered by Germany on 26 March 1996.

**ALLEMAGNE
et
HONGRIE**

**Accord de coopération en vue de combattre le crime organisé.
Signé à Bonn le 22 mars 1991**

Textes authentiques : allemand et hongrois.

Enregistré par l'Allemagne le 26 mars 1996.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER REGIERUNG DER REPUBLIK UNGARN ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT BEI DER BEKÄMPFUNG DER ORGANISIERTEN KRIMINALITÄT

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Republik Ungarn -

in der Absicht, einen Beitrag zur Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen zu leisten,

in der Überzeugung, daß die Zusammenarbeit für die wirksame Verhinderung und Bekämpfung der organisierten Kriminalität, insbesondere der Rauschgiftkriminalität, des Terrorismus und der unerlaubten Einschleusung von Personen von wesentlicher Bedeutung ist,

im Hinblick auf

- das Einheits-Übereinkommen von 1961 vom 30. März 1961 über Suchtstoffe,
- das Übereinkommen vom 21. Februar 1971 über psychotrope Stoffe,
- das Übereinkommen von 20. Dezember 1988 gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen,

die sämtlich im Rahmen der Vereinten Nationen erarbeitet wurden,

besorgt über das weltweite Anwachsen des Mißbrauchs von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen und deren unerlaubten Verkehr,

in dem gemeinsamen Willen, den Terrorismus wirkungsvoll zu bekämpfen,

im Hinblick auf

- das Abkommen vom 14. September 1963 über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen,
- das Übereinkommen vom 16. Dezember 1970 zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen,
- das Übereinkommen vom 23. September 1971 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt,
- das Übereinkommen vom 14. Dezember 1973 über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen einschließlich Diplomaten,
- das internationale Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 gegen Geiselnahme,
- das Protokoll vom 24. Februar 1980 zur Bekämpfung von Gewalttaten auf Flughäfen,

überzeugt, daß die Bekämpfung der unerlaubten Einschleusung von Personen auf dem Luftweg insbesondere an den Abflug- und Transitflughäfen ansetzen muß, da nur dort jene Personen wirksam von der Beförderung durch die Luftverkehrsgesellschaften ausgeschlossen werden können,

in der Absicht, wirkungsvolle Maßnahmen zur Eindämmung der Verwendung von ge- und verfälschten oder mißbräuchlich verwendeten Grenzübertrittsdokumenten sowie zur Bekämpfung krimineller Schleuserorganisationen zu ergreifen -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien arbeiten auf der Grundlage ihres Rechts bei der Bekämpfung einschließlich der Verhütung und Verfolgung schwerer Formen der Kriminalität insbesondere der organisierten Kriminalität zusammen.

Die Vertragsparteien arbeiten insbesondere in den Fällen zusammen, in denen Straftaten oder Vorbereitungen von Straftaten auf dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei durchgeführt werden oder sonstige Informationen über Verbindungen zum Hoheitsgebiet einer Vertragspartei im Bereich der organisierten Kriminalität vorliegen.

Weitere Formen der Zusammenarbeit sind in den Artikeln 3 bis 6 geregelt.

Artikel 2

Die Zusammenarbeit bezieht sich insbesondere auf folgende Deliktsbereiche, sofern organisierte Strukturen der Tatbegehung erkennbar sind:

- Rauschgiftkriminalität (einschließlich Rauschgiftschmuggel);
- Terrorismus;
- unerlaubte Einschleusung von Personen;

- Waffen und Sprengstoffkriminalität;
- Zuhälterei und Menschenhandel;
- Falschspiel und unerlaubtes Glücksspiel;
- Schutzgelderpressung;
- Herstellung und Verbreitung von Falschgeld;
- Eigentumskriminalität;
- Dokumenten- und Scheckfälschung;
- Umweltkriminalität.

Artikel 3

Die Vertragsparteien werden zum Zwecke der Zusammenarbeit:

1. Personalien von Tatbeteiligten der organisierten Kriminalität, Informationen über Täterverbindungen, Strukturen der Tätergruppen und kriminellen Organisationen, typisches Täter- und Gruppenverhalten, den Sachverhalt insbesondere die Tatzeit, den Tatort, die Begehungsweise, die angegriffenen Objekte, die besonderen Bedingungen, sowie die verletzten Strafrechtsvorschriften und getroffene Maßnahmen mitteilen, soweit dies für die Bekämpfung von Straftaten der organisierten Kriminalität oder zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist;
2. auf Ersuchen polizeiliche Maßnahmen ergreifen, die nach dem Recht der jeweils ersuchten Vertragspartei zulässig sind;
3. bei Ermittlungen durch aufeinander abgestimmte polizeiliche Maßnahmen und personelle, materielle und organisatorische Unterstützung zusammenarbeiten;

4. Erfahrungen und Informationen insbesondere über gebräuchliche Methoden der internationalen Kriminalität sowie neue Formen der Straftatbegehung austauschen;
5. kriminalistisch-kriminologische Forschungsergebnisse austauschen;
6. auf Ersuchen einander Muster von oder Informationen über Gegenstände, die aus Straftaten erlangt oder für diese verwendet worden sind oder mit welchem Mißbrauch getrieben wird, zur Verfügung stellen;
7. im Kampf gegen die organisierte Kriminalität einen Austausch auch zur gemeinsamen oder gegenseitigen Fortbildung von Fachleuten durchführen und Studienaufenthalte von Mitarbeitern zur höheren professionellen Qualifizierung und zur gegenseitigen Information über Techniken und Methoden der Kriminalitätsbekämpfung und Kriminaltechniken veranstalten;
8. nach Bedarf und im Rahmen konkreter Ermittlungsverfahren zur Vorbereitung und Durchführung gemeinsamer Maßnahmen Arbeitstreffen abhalten.

Artikel 4

Zum Zwecke der Bekämpfung von unerlaubtem Anbau, unerlaubter Herstellung, Gewinnung, Ein-, Aus- und Durchfuhr sowie unerlaubtem Handel mit Suchtstoffen, psychotropen Stoffen sowie Grundstoffen und Vorläufersubstanzen, die zu ihrer unerlaubten Herstellung benötigt werden, werden die Vertragsparteien auf der Grundlage ihres Rechts insbesondere:

1. Personalien von an der unerlaubten Rauschgiftherstellung und dem unerlaubten Rauschgifthandel beteiligten Perso-

- nen, Verstecke und Transportmittel, Arbeitsweisen, Herkunfts- und Bestimmungsort der Suchtstoffe und psychotropen Stoffe sowie besondere Einzelheiten eines Falles mitteilen, soweit dies für die Bekämpfung von Straftaten oder zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden schweren Gefahr für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist;
2. Informationen über gebräuchliche Methoden des unerlaubten internationalen Verkehrs sowie sonstige sachdienliche Erkenntnisse mitteilen;
 3. kriminalistisch-kriminologische Forschungsergebnisse zu Rauschgifthandel und -mißbrauch austauschen;
 4. einander Muster neuer Suchtstoffe und psychotroper Stoffe pflanzlicher oder synthetischer Herkunft, mit welchen Mißbrauch getrieben wird, zur Verfügung stellen;
 5. Erfahrungen über die Überwachung des legalen Verkehrs von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen sowie Grundstoffen und Vorläufersubstanzen, die zu ihrer unerlaubten Herstellung benötigt werden, im Hinblick auf mögliche unerlaubte Abzweigungen austauschen;
 6. gemeinsame polizeiliche Maßnahmen zur Bekämpfung der unerlaubten Herstellung illegaler synthetischer Drogen durchzuführen.

Artikel 5

Zum Zwecke der Bekämpfung des Terrorismus, vor allem auch in den einleitend beschriebenen Bereichen, werden die Vertragsparteien auf der Grundlage ihres Rechts Informationen und Erkenntnisse austauschen über geplante und begangene terroristische Akte, Verfahrensweisen und terroristische Gruppier-

rungen, die Straftaten auf dem Gebiet der anderen Seite, zum Nachteil der anderen Seite oder gleichwertiger Interessen der anderen Seite planen, begehen oder begangen haben, soweit dies für die Bekämpfung des Terrorismus oder zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist.

Artikel 6

Zum Zwecke der Bekämpfung der unerlaubten Einschleusung von Personen werden die Vertragsparteien auf der Grundlage ihres Rechts insbesondere:

1. die mit der Bekämpfung der unerlaubten Einschleusung von Personen zusammenhängenden Fragen analysieren und geeignete Gegenmaßnahmen ausarbeiten;
2. Informationen mitteilen, die für den Empfänger zur Bekämpfung von Straftaten und zur Abwehr der unerlaubten Einschleusung von Personen und des unerlaubten Handels mit Arbeitskräften erforderlich sind;
3. unverzüglich und gegenseitig Informationen mitteilen, die auf einen begründeten Verdacht der Einschleusung von Personen hinweisen.

Artikel 7

Zum Schutz personenbezogener Daten gelten unter Beachtung der für jede Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften die nachfolgenden Bestimmungen:

1. Die Nutzung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermittelnde Vertragspartei vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.

2. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Vertragspartei auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
3. Personenbezogene Daten dürfen ausschließlich an Strafverfolgungsbehörden übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
4. Die übermittelnde Vertragspartei ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen nationalen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
5. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im übrigen richtet sich das Auskunftsrecht nach dem nationalen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die personenbezogenen Daten verwaltet werden.
6. Die übermittelnde Vertragspartei weist bei der Übermittlung auf die nach ihrem Recht geltenden Lösungsfristen hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten nach dem Wegfall der Erforderlichkeit zu löschen.

7. Die Vertragsparteien sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
8. Die Vertragsparteien sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 8

Zur Durchführung der Bestimmungen dieses Abkommens bilden beide Vertragsparteien aus leitenden Beamten der Ministerien des Innern unter Beteiligung weiterer Fachleute eine Gemischte Kommission.

Die Gemischte Kommission hält jährlich mindestens einmal eine Sitzung ab. Auf Initiative der Vertragsparteien können weitere Sitzungen nach Bedarf stattfinden. Die Sitzungen der Kommission finden abwechselnd in der Bundesrepublik Deutschland und in der Republik Ungarn statt.

Aufgabe der Gemischten Kommission ist es, die in diesem Abkommen vereinbarte Zusammenarbeit zu fördern und ihre Wirksamkeit zu überwachen.

Zur Verwirklichung des Abkommens werden ferner folgende Zentralstellen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten unmittelbar zusammenarbeiten:

auf deutscher Seite

- das Bundeskriminalamt;
- die Grenzschutzdirektion;
- der Bundesminister für Gesundheit;
- das Zollkriminalinstitut;

auf ungarischer Seite

- die Landespolizeidirektion;
- das Landeskommando der Grenzwache des Ministeriums für Inneres;
- das Landeskommando der Zollwache des Ministeriums für Finanzen;
- das Ministerium für Volkswohlfahrt.

Artikel 9

Ist eine Vertragspartei der Ansicht, daß die Erfüllung eines Ersuchens oder die Durchführung einer Kooperationsmaßnahme geeignet ist, die eigenen Hoheitsrechte zu beeinträchtigen, die eigene Sicherheit oder andere wesentliche Interessen zu gefährden oder gegen Grundsätze der eigenen Rechtsordnung zu verstoßen, so kann sie die Unterstützung beziehungsweise die Kooperationsmaßnahme insoweit ganz oder teilweise verweigern oder von bestimmten Bedingungen oder Auflagen abhängig machen.

Die Vertragsparteien teilen einander spätestens zwei Wochen vor der Sitzung der Gemischten Kommission sowie dem Austausch von Fachleuten die Namen der teilnehmenden Personen mit.

Ist eine der Vertragsparteien der Ansicht, daß der Aufenthalt einer von der anderen Vertragspartei benannten Person in ihrem Hoheitsgebiet geeignet ist, die eigene Sicherheit oder andere wesentlichen Interessen zu gefährden, findet hinsichtlich deren Einreise Absatz 1 sinngemäß Anwendung.

Artikel 10

Durch dieses Abkommen werden die Vorschriften über die justitielle Rechtshilfe in Strafsachen sowie über die Amts- und Rechtshilfe in Fiskalsachen und sonstige in zweiseitigen oder mehrseitigen Übereinkünften enthaltene Rechte und Verpflichtungen der Vertragsparteien nicht berührt.



Artikel 11

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Dieses Abkommen kann von jeder Vertragspartei durch Notifikation gekündigt werden. Die Kündigung wird sechs Monate nach dem Zeitpunkt wirksam, zu dem sie der anderen Vertragspartei zugegangen ist.

Geschehen zu Bonn am 22. März 1991 in zwei Urschriften, jede in deutscher und ungarischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland:

Für die Regierung
der Republik Ungarn:



[HUNGARIAN TEXT — TEXTE HONGROIS]

EGYEZMÉNY A MAGYAR KÖZTÁRSASÁG KORMÁNYA ÉS A
NÉMETORSZÁGI SZÖVETSÉGI KÖZTÁRSASÁG KORMÁNYA
KÖZÖTT A SZERVEZETT BŰNÖZÉS ELLENI HARCBAN TÖR-
TÉNŐ EGYÜTTMŰKÖDÉSRŐL

A Magyar Köztársaság Kormánya és a Németországi Szövetségi Köztársaság Kormánya

attól a törekvéstől vezérelve, hogy ezzel hozzájáruljanak a kétoldalú kapcsolataik fejlődéséhez;

abban a meggyőződésükben, hogy az együttműködés a szervezett bűnözés, különösen a kábítószerrel folytatott bűnözés, a terrorizmus, az embercsempészség elleni harcban és ezek hatásos megakadályozásában lényeges jelentőséggel bír;

tekintettel

- a New Yorkban 1961. március 30-án kelt egységes kábítószer egyezményre, valamint az 1961-ben kelt Egységes Kábítószer Egyezmény módosításáról és kiegészítéséről szóló Genfben, 1972. március 25-én kelt jegyzőkönyvre,
- a pszichotróp anyagokról szóló, Bécsben 1971. február 21-én aláírt egyezményre,
- az 1988. december 20-i, a kábítószeres és pszichotróp anyagok tiltott forgalmazása elleni, Bécsben kötött egyezményre,

melyek mindegyikét az Egyesült Nemzetek keretében dolgozták ki;

aggodalommal a kábítószeres és pszichotróp anyagokkal folytatott visszaélések és azok meg nem engedett forgalmazásának világszerte tapasztalt növekedése felett;

közös akarattal a terrorizmus hatásos leküzdésére;

továbbá tekintettel

- a légi járművek fedélzetén elkövetett bűncselekményekről és egyéb cselekményekről szóló 1963. szeptember 14-én Tókióban kötött egyezményre,
- a légi járművek jogellenes hatalombakerítésének leküzdéséről, Hágában 1970. december 16-án kötött egyezményre,
- a polgári repülés biztonsága elleni jogellenes cselekmények leküzdéséről, Montreálban 1971. szeptember 23-án kötött egyezményre,
- a nemzetközileg védett személyek, köztük a diplomáciai képviselők ellen elkövetett bűncselekmények megelőzéséről, üldözéséről és büntetéséről szóló, New Yorkban az Egyesült Nemzetek Közgyűlése XXVIII. ülészakán 1973. december 14-én elfogadott egyezményre,
- az 1979. december hó 18-án New Yorkban kötött, a túszedés elleni nemzetközi egyezményre,
- a repülőtereken elkövetett erőszakos cselekmények leküzdésére az 1980. február 24-én aláírt jegyzőkönyvre,

meggyőződve arról, hogy az embercsempészség leküzdése a légi utak tekintetében elsősorban az indulási és a tranzit repülőtereken kell hogy történjék, mert ezeket a személyeket csak ott lehet hatásosan kizárni a légitársaságok utasforgalmából;

továbbá abban a törekvésben, hogy hatásos intézkedéseket foganatosítsanak a hamis és hamisított, vagy visszaélésre szánt utiokmányok használatának korlátozására, valamint a bűnös embercsempész szervezetek leküzdésére -

az alábbiakban állapodtak meg:

1. C I K K

A Szerződő Felek a saját jogrendjük rendelkezéseit figyelembe véve együttműködnek a bűnözés súlyosabb formái, a szervezett bűnözés megakadályozásában, ideértve annak megelőzését és üldözését is.

A Szerződő Felek különösen azokban az esetekben működnek együtt, amelyekben a bűncselekmények vagy a bűncselekmények előkészületei az egyik Szerződő Fél felségterületén valósulnak meg, avagy egyéb adatok szervezett bűnözésre az egyik Szerződő Fél felségterületére utalnak.

Az együttműködés további formáit a 3-6. cikkek szabályozzák.

2. C I K K

Az együttműködés az alábbi bűncselekményfajtákra terjed ki, ha a tényállásban a szervezett végrehajtás szerkezeti elemei felismerhetők:

- kábítószerrel kapcsolatos bűncselekmények (beleértve a kábítószercsempészetet),
- terrorcselekmény,
- embercsempészés,
- fegyverrel és robbanóanyaggal kapcsolatos bűncselekmények,
- kitarottság és kerítés,
- tiltott szerencsejáték,
- védelmi adó kikövetelésével elkövetett zsarolás,
- pénzhamisítás, hamis pénz kiadása,
- tulajdon elleni bűncselekmények,
- okirathamisítás, visszaélés csekkel,
- környezetvédelemmel kapcsolatos bűncselekmények.

3. C I K K

A Szerződő Felek együttműködésük során:

1. közlik egymással a szervezett bűnözésben résztvevők adatait, a tettesek bűnös kapcsolataira vonatkozó adataikat, a bűnöző szervezetek és bűnöző csoportok felépítéséről szóló ismereteiket, a típusos tettes- és csoportmagatartást, a tényállásokat, különösen az elkövetés idejét, helyét, módját, a megtámadott objektumokat, a különleges körülményeket, valamint a megsértett büntető jogszabályokat és a megtett intézkedéseket, amennyiben ez a szervezett bűnözés bűncselekményeinek megszüntetésére, vagy az egyes esetekben a közrend számára nagy veszélyt jelentő bűncselekmény elhárításához szükséges;
2. megkeresésre olyan rendőri intézkedéseket fogantatosítanak, amelyeket a megkeresett Szerződő Fél joga megenged;
3. a nyomozásnál együttműködnek egyeztetett rendőri intézkedésekkel, személyi, tárgyi és szervezési támogatással;
4. adatokat és tapasztalatokat cserélnek a nemzetközi bűnözés alkalmazott módszereiről, új formáiról;
5. kicserélik a kriminálisztikai és kriminológiai kutatási eredményeket;
6. kérelemre egymás rendelkezésére bocsátanak ismereteket vagy mintákat azokról a tárgyakról, amelyek bűncselekményekből származnak, továbbá amelyekkel bűncselekményeket vagy visszaéléseket követtek el;
7. a szervezett bűnözés elleni harc részeként közös vagy kölcsönös továbbképzésre szakembereket cserélnek, tanulmányi lehetőségeket biztosítanak munkatársaiknak a magasabb szintű szakismeretek megszerzéséhez, a bűnözés megszüntetésének technikái és módszerei kölcsönös megismerésére, a krimináltechnika megismerésére;

8. szükség szerint - és meghatározott nyomozásoknál - munkatalálkozókat tartanak az összehangolt intézkedések előkészítésére és végrehajtására.

4. C I K K

A kábítószeres és pszichotróp anyagok, valamint prekurzorok tiltott termesztésének, előállításának, kinyerésének, ki-, be- és átmenő forgalmának, továbbá illegális kereskedelmének megszüntetésére a Felek saját jogrendjük figyelembe vételével különösen:

1. közlik egymással a kábítószer illegális előállításában és kereskedelmében résztvevő személyek adatait, rejtekhelyeit és szállítóeszközöket, munkamódszereit, a kábítószeres és pszichotróp anyagok származási és rendeltetési helyeit, valamint az egyes bűncselekmények különleges részleteit, amennyiben ez a bűncselekmények megakadályozásához, vagy egyes esetekben a közrendet súlyosan veszélyeztető bűncselekmény elhárításához szükséges;
2. az illegális nemzetközi forgalmazás szokásos módszereiről szerzett és egyéb ide vonatkozó ismereteiket közlik egymással;
3. a kábítószer-kereskedelemre és a kábítószerekkel való visszaélésre vonatkozó kriminalisztikai és kriminológiai kutatási eredményeiket kicserélik;
4. visszaélésre alkalmas növényi, vagy szintetikus eredetű új kábítószerekből, pszichotróp anyagokból mintákat bocsátanak egymás rendelkezésére;
5. kicserélik tapasztalataikat a kábítószeres, a pszichotróp anyagok és prekurzorok legális forgalmazásának ellenőrzésében, tekintettel annak lehetséges illegális vonatkozására;
6. összehangolt rendőri intézkedéseket foganatosítanak a tiltott szintetikus drogok meg nem engedett előállításának megakadályozására.

5. C I K K

A terrorizmus leküzdésére, különösen a bevezetõben körülírt területeken, a Szerzõdõ Felek saját jogrendjük alapján és ezen Egyezmény rendelkezéseinek figyelembe vételével ismereteket és információkat cserélnek a tervezett vagy elkövetett terrorakciókról, a végrehajtás módjáról, továbbá azokról a terrorista csoportosulásokról, amelyek cselekményeiket a másik Fél területén, annak hátrányára, érdekei ellen terveznek, hajtanak végre, illetve hajtottak végre, továbbá amelyek a terrorizmus leküzdéséhez vagy a közbiztonságra súlyos veszélyt jelentõ egyes bûncselekmények elhárításához szükségesek.

6. C I K K

Az embercsempészség megakadályozására a Felek saját jogrendjük alapján, különösen a következõ intézkedéseket fogatosítják:

1. vizsgálják az embercsempészség leküzdésével kapcsolatos kérdéseket és kidolgozzák a megfelelõ ellenintézkedéseket;
2. közlik egymással azon információikat, amelyek a másik Fél számára az embercsempészség, valamint a munkaerõvel való illegális kereskedelem elleni védekezéshez szükségesek;
3. haladéktalanul közlik egymással az embercsempészség elkövetésének alapos gyanújára utaló adatokat.

7. C I K K

A személyre vonatkozó adatok védelmére mindegyik Szerzõdõ Fél érvényes jogi elõírásainak figyelembevételével a következõ feltételek érvényesek:

1. a fogadó Fél az adatokat csak az átadó Fél által megadott célra és az általa közölt feltételekkel használhatja fel;

2. az átadó Fél kérésére a fogadó Fél tájékoztatást nyújt az átadott adatok felhasználásáról és az ezáltal elért eredményekről;
3. a személyekre vonatkozó információkat kizárólag a bűnüldöző hatóságoknak szabad átadni. Az adatok továbbadása más hatóságoknak csak az átadó hatóság előzetes engedélyével történhet;
4. az átadó Fél köteles az átadandó adatok helyességéről meggyőződni, valamint arról, hogy az átadás szükségszerű-e, és arányban áll-e az átadás céljával. Emellett meg kell tartani a másik Fél nemzeti joga szerinti átadási tilalmakat. Ha bebizonyosodik, hogy helytelen, vagy át nem adható adatok is átadásra kerültek, úgy erről a tényről a fogadó Felet haladéktalanul értesíteni kell.
A fogadó Fél köteles a helyesbítés, illetve az adatmegsemmisítés végrehajtására;
5. az érintett személy számára, kérésére, felvilágosítást kell adni a személyéről meglévő adatokról és azok tervezett felhasználásáról. Ez a felvilágosítási kötelezettség nem áll fenn, ha a mérlegelés azt mutatja, hogy a közérdek a felvilágosítás visszatartásában nyomósabb, mint az érintett személy érdeke. A személyi adatokról történő felvilágosítás adásánál annak a Félnek a nemzeti joga az irányadó, amely az adatokat kezeli;
6. az átadó Fél közli az átadáskor a saját jogrendjében érvényes adattörlési határidőket. Ezekről függetlenül a közölt személyre vonatkozó adatokat a szükségesség megszűnésekor törölni kell;
7. mindkét Fél köteles a személyre szóló adatok átadásáról és átvételéről nyilvántartást vezetni;
8. a Felek kötelesek az átadott, személyre szóló adatokat hatásosan védeni illetéktelen hozzáférés, változtatás és nyilvánosságra hozatal ellen.

8. C I K K

A Szerződő Felek az egyezmény végrehajtása céljából vegyesbizottságot állítanak fel további szakemberek részvételével a Belügyminisztériumok vezető tisztviselőiből.

A vegyesbizottság évente legalább egyszer ülést tart. További ülések megtartását, szükség szerint bármely Szerződő Fél kezdeményezheti. A bizottság a Magyar Köztársaságban és a Németországi Szövetségi Köztársaságban felváltva tartja üléseit.

A vegyesbizottság feladata, hogy az Egyezményben szabályozott együttműködést elősegítse és felügyelje annak hatékonyságát.

Az egyezmény megvalósítása érdekében saját hatáskörükben a további központi szervek működnek közvetlenül együtt:

Magyar részről: Belügyminisztérium Határőrség Országos Parancsnoksága,
Országos Rendőrfőkapitányság,
Pénzügyminisztérium Vám- és Pénzügyőrség Országos Parancsnoksága,
Népjóléti Minisztérium

Német részről: Szövetségi Bűnügyi Hivatal,
Határőrségi Igazgatóság,
Szövetségi Egészségügyi Miniszter,
Vám. Bűnügyi Hivatal.

9. C I K K

Ha valamelyik Szerződő Fél szerint a megkeresés teljesítése, az együttműködési intézkedés a saját felségjogát korlátozza, a biztonságát vagy más lényeges érdekeit veszélyezteti, illetőleg a saját jogrendjének alapjait sérti, úgy a támogatását, illetőleg az együttműködési intézkedését erre vonatkozóan részben, vagy egészben megtagadhatja, vagy azt bizonyos feltételektől függővé teheti.

A Szerződő Felek legkésőbb két héttel a vegyesbizottság ülése,illetőleg a szakemberek cseréje előtt közlik egymással az érdekelt személyek nevét.

Ha a Szerződő Felek egyike azon véleményen van, hogy a másik Szerződő Fél által megadott egyik személy tartózkodása felségterületén azzal a veszéllyel jár, hogy biztonságát, vagy más fontos érdekét sérti, az 1. bekezdést kell értelemszerűen alkalmazni.

10. C I K K

Ez az egyezmény nem érinti a bűncselekményekre, pénzügyi megkeresésekre vonatkozó jogsegélyi előírásokat, valamint a Szerződő Felek egyéb két- vagy többoldalú megállapodásban szereplő kötelezettségvállalásait.

11. C I K K

Ez az Egyezmény azon a napon lép hatályba, amikor a Szerződő Felek értesítik egymást arról, hogy eleget tettek az érvénybe lépéshez szükséges belső előírásoknak.

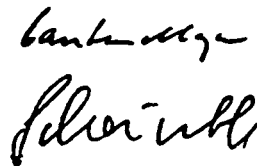
A Szerződő Felek ezt az egyeményt határozatlan időre kötik. A szerződést bármelyik Szerződő Fél diplomáciai úton felmondhatja. A felmondás azután az időponttól számított hat hónap elteltével lép érvénybe, amikor az a másik Szerződő Félhez megérkezett.

Készült Bonnban, 1991. március 22-én, két-két eredeti példányban, magyar és német nyelven, mindkét nyelvű szöveg egyaránt hiteles.

A Magyar Köztársaság
kormányára részéről:



A Németországi Szövetségi
Köztársaság kormányára részéről:



[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL
REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE
REPUBLIC OF HUNGARY CONCERNING COOPERATION IN
THE SUPPRESSION OF ORGANIZED CRIME

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Hungary,

Intending to make a contribution to the development of their mutual relations,

Convinced that cooperation is of major importance in effectively preventing and combating organized crime, in particular drug-related crime, terrorism and the illegal infiltration of persons,

Having regard to

- The Single Convention on Narcotic Drugs of 30 March 1961;²
- The Convention on Psychotropic Substances of 21 February 1971;³
- The Convention against Illicit Traffic in Narcotic Drugs and Psychotropic Substances of 20 December 1988;⁴

all of which were drawn up under the auspices of the United Nations,

Concerned about the world-wide growth in the abuse of narcotics and psychotropic substances and the illicit trade in them,

Sharing the desire to achieve effective suppression of terrorism,

Having regard to

- The Convention on Offences and Certain Other Acts Committed on Board Aircraft of 14 September 1963;⁵
- The Convention for the Suppression of Unlawful Seizure of Aircraft of 16 December 1970;⁶
- The Convention for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Civil Aviation of 23 September 1971;⁷
- The Convention on the Prevention and Punishment of Crimes against Internationally Protected Persons, including Diplomatic Agents of 14 December 1973;⁸
- The International Convention against the Taking of Hostages of 17 December 1979;⁹

¹ Came into force on 7 January 1993, the date on which the Contracting Parties informed each other of the completion of the national requirements, in accordance with article 11.

² United Nations, *Treaty Series*, vol. 520, p. 151.

³ *Ibid.*, vol. 1019, p. 175.

⁴ *Ibid.*, vol. 1582, No. 1-27627.

⁵ *Ibid.*, vol. 704, p. 219.

⁶ *Ibid.*, vol. 860, p. 105.

⁷ *Ibid.*, vol. 974, p. 177.

⁸ *Ibid.*, vol. 1035, p. 167.

⁹ *Ibid.*, vol. 1316, p. 205.

— The Protocol for the Suppression of Acts of Violence at Airports of 24 February 1980,

Convinced that the prevention of the illegal infiltration of persons by air has to be initiated in particular at the departure and transit airports, since those are the only points at which the carriage of such persons by airlines can effectively be prevented,

Intending to undertake effective measures to inhibit the use of forged, falsified or improperly used frontier-crossing documents and to combat criminal organizations engaged in infiltration of persons,

Have agreed as follows:

Article 1

The Contracting Parties, on the basis of their law, shall cooperate in the suppression of serious criminal offences, including their prevention and prosecution, in particular those committed by organized crime.

The Contracting Parties shall cooperate in particular in those cases in which criminal acts are committed, or preparations for criminal acts are made, in the territory of one of the Contracting Parties or in which other information exists concerning links to the territory of one of the Contracting Parties in the sphere of organized crime.

Additional forms of the cooperation are stipulated in articles 3 to 6.

Article 2

The cooperation shall relate in particular to the following areas, insofar as organized structures are detected in the perpetration of the crimes:

- Drug-related crimes (including drug-smuggling);
- Terrorism;
- Illegal infiltration of persons;
- Crimes having to do with weapons and explosives;
- Procuring and trafficking in human beings;
- Cheating and illicit gambling;
- Extortion of protection money;
- Production and distribution of forged money;
- Crimes against property;
- Forgery of documents and cheques;
- Crimes against the environment.

Article 3

For the purposes of the cooperation, the Contracting Parties shall:

1. Communicate the identity details of persons involved in criminal acts committed by organized crime, information on associations of criminals, structures of criminal groups and organizations, typical behaviour patterns of perpetrators and groups, the facts of cases, notably the time and place of perpetration, the *modus operandi*, the items which were the target of the crime, and the particular conditions,

as well as the criminal laws infringed and the measures taken, to the extent that this is necessary in order to suppress criminal acts committed by organized crime or to avert a significant danger to public safety existing in a specific case.

2. Upon request, undertake such police operations as are permissible under the law of the requested Contracting Party.

3. Cooperate in investigations by means of police operations harmonized with one another and by mutual assistance in matters of personnel, equipment and organization.

4. Exchange experience and information, in particular on habitual methods of international crime and on new forms of criminal activity.

5. Exchange results of criminological research.

6. Provide one another upon request with samples of items or information on items obtained from or used for criminal acts or which are being used for abusive purposes.

7. Organize, as part of efforts to combat organized crime, an exchange of experts including for joint or mutual training of expert personnel, and organize study courses for personnel to raise their level of professional qualification for efforts to combat organized crime and for mutual exchanges of information with regard to techniques and methods of crime-fighting and criminal techniques.

8. Hold working meetings, as needed and in the context of specific investigations, to prepare and implement joint operations.

Article 4

For the purpose of suppressing the illicit cultivation, manufacture, extraction, import, export, transit of and trade in narcotics and psychotropic substances, as well as the raw materials and precursors needed for their illicit manufacture, the Contracting Parties on the basis of their law shall in particular:

1. Communicate the identity details of persons involved in the illicit production of and trade in drugs, ways of concealing drugs and means of transporting them, methods of operation, origin and destination of the narcotics and psychotropic substances and also particular details of a case, to the extent that this is necessary in order to suppress criminal acts or to avert a significant danger to public safety existing in a specific case.

2. Exchange information about habitual methods of illicit international transactions as well as other relevant findings.

3. Exchange results of criminological research into the drug trade and drug abuse.

4. Provide one another with samples of new narcotics and psychotropic substances, whether plant-based or synthetic, which are being abused.

5. Exchange experience on the monitoring of the legal trade in narcotics and psychotropic substances and the raw materials and precursors which are needed for their illicit manufacture, with a view to detecting possible illicit diversions.

6. Undertake joint police operations to suppress the illicit manufacture of illegal synthetic drugs.

Article 5

In order to suppress terrorism, notably in the areas described earlier, the Contracting Parties shall on the basis of their law exchange information and findings on planned or executed terrorist acts, methods used and terrorist groupings which are planning or committing or have committed criminal acts in the territory of the other side, against the other side or against equivalent interests of the other side, to the extent that this is necessary to suppress terrorism or to avert a significant danger to public safety existing in an individual case.

Article 6

In order to suppress the illegal infiltration of persons the Contracting Parties, on the basis of their law, shall in particular:

1. Analyse the issues relating to suppressing the illegal infiltration of persons and prepare suitable counter-measures.
2. Communicate information which is needed by the recipient in order to suppress criminal acts and to prevent the illegal infiltration of persons and the illicit trade in workers.
3. Immediately communicate information to one another which indicates a well-founded suspicion that persons are being infiltrated.

Article 7

Personal data shall be protected in accordance with the following provisions, with the legal stipulations applicable to either Contracting Party being observed:

1. Use of the data by the recipient shall be permitted only for the purpose stated and only under the conditions prescribed by the transmitting Contracting Party.
2. The recipient shall inform the transmitting Contracting Party upon request of the use made of the transmitted data and of the results achieved thereby.
3. Personal data may be transmitted only to authorities involved in the prosecution of crime. They may be forwarded to other bodies only with the prior approval of the transmitting body.
4. The transmitting Contracting Party shall be responsible for ensuring the accuracy of the data to be transmitted, and for ensuring that the transmittal is necessary and reasonable in relation to the purpose which it is intended to achieve thereby. In this regard, any prohibitions on such transmittals applicable under relevant national law shall be observed. If it becomes evident that incorrect data or data which should not have been transmitted have been transmitted, this fact shall be communicated to the recipient without delay. The latter shall be obliged to correct or destroy the data.
5. The information existing about a person and the use which it is intended to make of it must be disclosed to that person upon request. There shall be no obligation to disclose such information if on balance it is considered that the public interest in not disclosing the information outweighs the interest of the person concerned in receiving it. Additionally, the right to disclosure of information shall also be governed by the national law of the Contracting Party in whose territory the personal data are administered.

6. The transmitting Contracting Party shall draw attention to any deadlines stipulated by its law for deletion of such data, when it transmits the data. Regardless of such deadlines, the personal data transmitted shall be deleted when they are no longer needed.

7. Both sides shall be obliged to keep records of the transmittal and receipt of personal data.

8. Both sides shall be obliged to protect the transmitted personal data effectively against unauthorized access, unauthorized modification and unauthorized release.

Article 8

For the purpose of implementing the provisions of the present Agreement, the Contracting Parties shall form a Joint Commission consisting of senior officials from the Ministries of the Interior, and also involving additional experts.

The Joint Commission shall meet at least once every year. Additional meetings may take place at the initiative of the Contracting Parties as necessary. The meetings of the Joint Commission shall take place alternately in the Federal Republic of Germany and in the Republic of Hungary.

The task of the Joint Commission shall be to promote the cooperation agreed upon in the present Agreement and to monitor its effectiveness.

Additionally, in order to implement the Agreement, the following central locations shall cooperate directly within their spheres of competence:

On the German side:

- The Federal Office of Criminal Investigation,
- The Headquarters of the Frontier Guard Service,
- The Federal Minister of Health,
- The Institute for Customs-Related Crime;

On the Hungarian side:

- The Headquarters of the National Police,
- The National Headquarters of the Frontier Guard Service within the Ministry of the Interior,
- The National Headquarters of the Customs Service within the Ministry of Finance,
- The Ministry of Social Security.

Article 9

If one of the Contracting Parties is of the opinion that complying with a request or carrying out a cooperative operation is likely to infringe its own sovereign rights, to jeopardize its own safety or other significant interests, or to conflict with fundamental principles of its own legislation, it shall be entitled to decline to comply or cooperate, completely or in part, or to make its complying or cooperating subject to certain conditions or stipulations.

The Contracting Parties shall communicate to each other at the latest two weeks before a meeting of the Joint Commission or before an exchange of experts

the names of the persons taking part. If one of the Contracting Parties is of the opinion that the presence in its territory of a person nominated by the other Contracting Party is likely to jeopardize its own safety or other significant interests, the preceding paragraph shall apply as appropriate to the entry of that person.

Article 10

The present Agreement shall not affect the provisions concerning legal assistance in criminal matters or administrative and legal assistance in taxation matters, or any other rights and obligations of the Contracting Parties contained in bilateral or multilateral agreements.

Article 11

This Agreement shall enter into force on the date on which the Contracting Parties inform one another that the respective domestic requirements for its entry into force have been fulfilled.

This Agreement is concluded for an indefinite period. It may be denounced by either Contracting Party by notification. The denunciation shall enter into force six months after it has been received by the other Contracting Party.

DONE at Bonn on 22 March 1991 in duplicate in the German and Hungarian languages, both texts being equally authentic.

For the Government
of the Federal Republic of Germany:

Dr. LAUTENSCHLAGER

Dr. WOLFGANG SCHÄUBLE

For the Government
of the Republic of Hungary:

Dr. BOROSS

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD DE COOPÉRATION¹ ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE GOUVER-
NEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE HONGRIE EN VUE DE
COMBATTRE LE CRIME ORGANISÉ

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de Hongrie,

Entendant contribuer au développement des relations bilatérales,

Convaincus que la coopération visant à prévenir efficacement et à combattre le crime organisé, notamment le crime lié à la drogue, le terrorisme et le passage clandestin de personnes, revêt une importance fondamentale,

Tenant compte

- De la Convention unique sur les stupéfiants de 1961, en date du 30 mars 1961²,
- De la Convention sur les substances psychotropes, en date du 21 février 1971³,
- De la Convention des Nations Unies contre le trafic illicite de stupéfiants et de substances psychotropes, en date du 20 décembre 1988⁴,

qui ont toutes été élaborées dans le cadre de l'Organisation des Nations Unies,

Préoccupés par l'augmentation mondiale de la consommation de stupéfiants et de substances psychotropes et de leur trafic,

Unis par la volonté de combattre efficacement le terrorisme,

Tenant compte

- De la Convention relative aux infractions et à certains autres actes survenant à bord des aéronefs, en date du 14 septembre 1963⁵,
- De la Convention pour la répression de la capture illicite d'aéronefs, en date du 16 décembre 1970⁶,
- De la Convention pour la répression d'actes illicites dirigés contre la sécurité de l'aviation civile, en date du 23 septembre 1971⁷,
- De la Convention sur la prévention et la répression des infractions contre les personnes jouissant d'une protection internationale, y compris les agents diplomatiques, en date du 14 décembre 1973⁸,
- De la Convention internationale contre la prise d'otages, en date du 18 décembre 1979⁹,

¹ Entré en vigueur le 7 janvier 1993, date à laquelle les Parties contractantes se sont notifié l'accomplissement des formalités internes requises, conformément à l'article 11.

² Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 520, p. 151.

³ *Ibid.*, vol. 1019, p. 175.

⁴ *Ibid.*, vol. 1582, No. 1-27627.

⁵ *Ibid.*, vol. 704, p. 219.

⁶ *Ibid.*, vol. 860, p. 105.

⁷ *Ibid.*, vol. 974, p. 177.

⁸ *Ibid.*, vol. 1035, p. 167.

⁹ *Ibid.*, vol. 1316, p. 205

— Du Protocole pour la répression des actes de violence dans les aéroports, en date du 24 février 1980,

Convaincus que le passage clandestin de personnes par la voie des airs doit être principalement combattu dans les aéroports de départ et de transit, car c'est seulement là qu'il est possible d'empêcher efficacement que ces personnes soient transportées par les compagnies aériennes,

Entendant prendre des mesures efficaces afin d'empêcher l'utilisation de documents de passage de la frontière contrefaits ou falsifiés ou utilisés de façon abusive et de réprimer les organisations criminelles d'immigration clandestine,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

Les Parties contractantes coopèrent, sur la base de leur législation, à la répression, y compris la prévention et la poursuite, des infractions graves, notamment de la part du crime organisé.

Les Parties contractantes coopèrent en particulier dans les cas où des infractions sont commises ou préparées sur le territoire de l'une des Parties contractantes ou dans les cas où il existe d'autres informations sur des relations avec le territoire de l'une des Parties contractantes dans le domaine du crime organisé.

D'autres formes de coopération sont prévues aux articles 3 à 6.

Article 2

La coopération porte notamment sur les catégories de délits ci-après, dans la mesure où des structures criminelles organisées peuvent être identifiées :

- Crime lié à la drogue (y compris la contrebande de stupéfiants);
- Terrorisme;
- Passage clandestin de personnes;
- Crime lié aux armes et explosifs;
- Proxénétisme et traite des esclaves;
- Jeux truqués et jeux de hasard interdits;
- Racket;
- Fabrication et diffusion de fausse monnaie;
- Crime contre les biens;
- Falsification de documents et de chèques;
- Crime contre l'environnement.

Article 3

Aux fins de la coopération, les Parties contractantes

1. Communiqueront l'identité des malfaiteurs membres du crime organisé, des informations sur les relations des malfaiteurs, les structures des groupes de malfaiteurs et des organisations criminelles, le comportement typique des malfaiteurs et des groupes, les faits, et notamment la date et le lieu des infractions, la manière dont elles ont été commises, les objets attaqués, les conditions particulières

ainsi que les dispositions pénales violées et les mesures prises, dans la mesure nécessaire à la répression des infractions du crime organisé ou à la prévention d'un danger ponctuel grave pour la sécurité publique.

2. Prendront, sur demande, des mesures policières admises selon la législation de la Partie contractante requise.

3. Coopéreront lors des enquêtes grâce à des mesures policières concertées et à un soutien personnel, matériel et organisationnel.

4. Echangeront des expériences et des informations, notamment au sujet des méthodes habituelles du crime international ainsi que des nouvelles formes d'infractions.

5. Echangeront des résultats de recherches en matière de criminalistique et de criminologie.

6. Mettront sur demande à la disposition l'une de l'autre des spécimens d'objets provenant d'infractions ou utilisés pour ces infractions ou ayant servi à commettre des abus, ou des informations à leur sujet.

7. Procéderont, au titre de la lutte contre le crime organisé, à un échange de spécialistes également destiné au perfectionnement commun ou réciproque et organiseront des séjours d'étude de collaborateurs afin d'améliorer les qualifications professionnelles et d'échanger des informations sur les techniques et les méthodes de lutte contre la criminalité et sur les techniques criminelles.

8. Tiendront des réunions de travail selon les besoins et dans le cadre d'enquêtes concrètes afin de préparer et de mettre en œuvre des mesures communes.

Article 4

Pour lutter contre la culture, la fabrication, l'extraction, l'importation, l'exportation, le transit et le commerce interdits de stupéfiants et de substances psychotropes ainsi que de matières premières et de précurseurs nécessaires à leur fabrication interdite, les Parties contractantes, sur la base de leur législation,

1. Communiqueront l'identité des personnes qui participent à la fabrication et au commerce interdits de stupéfiants, les caches et les moyens de transport, les méthodes de travail, les lieux d'origine et de destination des stupéfiants et des substances psychotropes ainsi que des détails particuliers sur une affaire, dans la mesure nécessaire à la répression des infractions ou à la prévention d'un danger ponctuel grave pour la sécurité publique.

2. Communiqueront des informations sur les méthodes habituelles de trafic international ainsi que d'autres connaissances utiles.

3. Echangeront des résultats de recherches en matière de criminalistique et de criminologie relatifs au commerce et à la consommation de stupéfiants.

4. Mettront à la disposition l'une de l'autre des échantillons de nouveaux stupéfiants et de nouvelles substances psychotropes d'origine végétale ou synthétique avec lesquels des abus sont commis.

5. Echangeront des expériences sur la surveillance du commerce licite de stupéfiants et de substances psychotropes ainsi que des matières premières et des précurseurs nécessaires à leur fabrication interdite, compte tenu de la possibilité de détournements interdits.

6. Mettront en œuvre des mesures policières communes afin de réprimer la fabrication interdite de drogues de synthèse illicites.

Article 5

Pour lutter contre le terrorisme, surtout aussi dans les domaines visés ci-dessus, les Parties contractantes échangeront des informations et des connaissances, sur la base de leur législation, au sujet des actes de terrorisme prévus et commis, des procédés et des groupements terroristes qui préparent, commettent ou ont commis des infractions sur le territoire de l'autre Partie, au détriment de l'autre Partie ou d'intérêts équivalents de l'autre Partie, dans la mesure nécessaire à la répression du terrorisme ou à la prévention d'un danger ponctuel grave pour la sécurité publique.

Article 6

Pour lutter contre le passage clandestin de personnes, les Parties contractantes prendront en particulier les mesures suivantes, sur la base de leur législation :

1. Elles analyseront les questions ayant trait à la répression du passage clandestin de personnes et élaboreront les contre-mesures appropriées.
2. Elles communiqueront les informations nécessaires au destinataire pour réprimer les infractions et empêcher le passage clandestin de personnes et le trafic de main-d'œuvre.
3. Elles se communiqueront sans délai les informations qui donnent lieu à un soupçon fondé de passage clandestin de personnes.

Article 7

Pour protéger les renseignements personnels, les dispositions ci-après s'appliqueront, compte tenu de la législation en vigueur pour chacune des Parties contractantes :

1. L'utilisation des renseignements par leur destinataire n'est admise qu'aux fins indiquées et aux conditions imposées par la Partie contractante qui les transmet.
2. Le destinataire informe, sur sa demande, la Partie contractante qui a transmis les renseignements de l'utilisation des renseignements transmis et des résultats ainsi obtenus.
3. Les renseignements personnels ne peuvent être transmis qu'à des autorités répressives. Leur transmission ultérieure à d'autres services ne peut avoir lieu qu'avec l'accord du service qui les a transmis.
4. La Partie contractante qui transmet les renseignements est tenue de veiller à leur exactitude ainsi qu'à la nécessité et à l'opportunité de les transmettre au regard de l'objectif visé par la transmission. Il convient de respecter à cet égard les interdictions de transmission en vigueur selon la législation nationale concernée. S'il se révèle que des renseignements inexacts ou des renseignements qui ne devaient pas être transmis l'ont été, le destinataire doit en être informé sans délai. Il est tenu de procéder à la rectification ou à la destruction des renseignements.
5. L'intéressé doit être informé sur demande des renseignements existant sur sa personne ainsi que de l'objectif prévu de leur utilisation. L'obligation d'information est levée lorsqu'il résulte d'un examen attentif que l'intérêt public de ne pas communiquer l'information l'emporte sur l'intérêt de la personne concernée à être informée. Pour le reste, le droit d'être informé est régi par la législation nationale de

la Partie contractante sur le territoire de laquelle les renseignements personnels sont administrés.

6. La Partie contractante qui transmet les renseignements indique, lors de la transmission, les délais de radiation prescrits par sa législation. Indépendamment de ces délais, les renseignements personnels transmis doivent être radiés dès qu'ils ne sont plus nécessaires.

7. Les Parties contractantes sont tenues d'inscrire dans un dossier la transmission et la réception des renseignements personnels.

8. Les Parties contractantes sont tenues de protéger efficacement les renseignements personnels transmis contre un accès non autorisé, une modification non autorisée et une diffusion non autorisée.

Article 8

Aux fins de l'exécution des dispositions du présent Accord, les deux Parties contractantes constitueront une commission mixte composée de hauts fonctionnaires des Ministères de l'intérieur, avec la participation d'autres spécialistes.

La Commission mixte se réunira au moins une fois par an. D'autres réunions peuvent avoir lieu si nécessaire, sur l'initiative des Parties contractantes. Les réunions de la Commission auront lieu alternativement en République fédérale d'Allemagne et en République de Hongrie.

La Commission mixte aura pour tâche de favoriser la coopération convenue dans le présent Accord et de veiller à son efficacité.

Aux fins de la mise en œuvre de l'Accord, les autres services centraux ci-après collaboreront directement dans le cadre de leurs compétences :

Du côté allemand :

- La Police judiciaire fédérale;
- La Direction de la protection des frontières;
- Le Ministre fédéral de la santé;
- L'Institut de criminalité douanière;

Du côté hongrois :

- La Direction de la police régionale;
- Le Commandement régional de la surveillance frontalière du Ministère de l'intérieur;
- Le Commandement régional de la surveillance douanière du Ministère des finances;
- Le Ministère de la protection sociale.

Article 9

Si l'une des Parties contractantes estime que l'exécution d'une demande ou d'une mesure de coopération risque de compromettre ses droits souverains, de menacer sa sécurité ou d'autres intérêts essentiels ou d'être contraire aux principes de son ordre juridique, elle peut refuser en tout ou partie l'appui demandé ou la mesure de coopération sur ce point ou les subordonner à des conditions ou à des obligations déterminées.

Les Parties contractantes se communiqueront le nom des participants au plus tard deux semaines avant la réunion de la Commission mixte et avant l'échange de spécialistes.

Si l'une des Parties contractantes estime que le séjour sur son territoire de l'une des personnes désignées par l'autre Partie contractante risque de menacer sa sécurité ou d'autres intérêts essentiels, le paragraphe 1 s'applique par analogie à l'entrée de cette personne.

Article 10

Le présent Accord n'affecte pas les prescriptions relatives à l'assistance judiciaire en matière pénale ainsi qu'à l'assistance administrative et judiciaire en matière fiscale, ni les autres droits et obligations des Parties contractantes énoncés dans des conventions bilatérales ou multilatérales.

Article 11

Le présent Accord entrera en vigueur le jour où les Parties contractantes se seront notifiées que les conditions intérieures nécessaires à son entrée en vigueur sont remplies.

Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée. Il peut être dénoncé par chacune des Parties contractantes au moyen d'une notification. La notification prendra effet six mois après la date à laquelle elle sera parvenue à l'autre Partie contractante.

FAIT à Bonn le 22 mars 1991 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et hongroise, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement
de la République fédérale
d'Allemagne :

LAUTENSCHLAGER
WOLFGANG SCHÄUBLE

Pour le Gouvernement
de la République de Hongrie :

BOROSS

